

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 42

**Von 14.Oktober bis
20.Oktober 2024**

Venet: Region voll

Die Betreiber bereiten sich auf die Wintersaison und die geplante Errichtung der Einseilumlaufbahn vor.

VON THOMAS SEELOS

ZAMS/INNSBRUCK. Wie berichtet plant die Pletzergruppe als Haupteigentümer der Venet Bergbahnen AG für diese Wintersaison mit der Rifinalbahn, der Weinbergbahn, dem Panorama- und dem Hüttenlift für das Skierlebnis der Gäste zu sorgen. Die Pendelbahn bleibt diesen Winter außer Betrieb und soll zeitnah einer Einseilumlaufbahn mit höherer Beförderungsleistung weichen. Dafür wird bereits intensiv geplant und verhandelt. Kürzlich gab der Gemeinderat von Zams seine Zustimmung zum Projekt.

Gleichzeitig wurden Gratis-Saisonkarten für die Zammer Kinder von sechs bis 15 Jahre beschlossen.

Es wäre also alles eitle Wonne, wenn es da nicht die Kritik von Klubobmann Markus Sint, von der Liste Fritz gäbe: „Landeshauptmann Anton Mattle hat meine Anfrage bezüglich der Zuschüsse

vonseiten des Landes falsch oder gar nicht beantwortet.“ Sint wollte von Mattle wissen, ob Landesgelder in das Projekt Venet geflossen sind, was dieser in seiner Antwort verneinte. In einem Protokoll des Gemeinderates von Landeck wurde jedoch festgehalten, dass vom Land eine Zuwendung von drei Millionen



Aufsichtsratsvorsitzender Günther Platter, Vorstand KR Anton Pletzer und Friedl Eberl (Pletzer Gruppe) vor dem Venet.

Foto: pletzermedia

hinten den Plänen

Euro zugesagt wurde.

„Der Gemeinde Zams bzw. der Stadtgemeinde Landeck sind für das Projekt „Übernahme Venet AG“ keine Bedarfszuweisungen zugesagt worden“, heißt es in einer neuerlichen Stellungnahme des Landeshauptmannes.

Dem Land sei jedoch bekannt, dass durch die Übernahme die Gemeindehaushalte belastet werden. Daher wurde den Gemeinden mitgeteilt, dass entsprechend der Finanzkraft der Gemeinden für Projekte, die zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dienen, Bedarfszuweisungsmittel zur Verfügung stünden. Die beiden Bürgermeister von Landeck und Zams meldeten sich ebenfalls zu Wort. „Die Menschen aus der Region sind froh, dass sie den Venet auch in Zukunft nutzen können. Unsere einhei-



Markus Sint ortet intransparentes Vorgehen seitens des Landeshauptmannes.

Foto: Seelos

mischen Familien können wohnortnah das Skifahren erlernen“, erklärten Herbert Mayer und Benedikt Lentsch in einer gemeinsamen Aussendung.

Der nunmehrigen Wiederbelebung seien durchaus intensive Verhandlungen vorausgegangen. „Ich danke allen Beteiligten für ihr Engage-

ment. Hier zeigt sich einmal mehr, wenn wir alle an einem Strang ziehen, kann definitiv großartiges gelingen“, meinte Mayer weiter. Und Kollege Lentsch: „Als Bürgermeister geht es mir darum, die Lebensqualität zu erhalten und auszubauen. Das ist uns mit dem partnerschaftlichen Projekt gelungen“.

Weg frei für Südring-Baustelle

Neugestaltung bringt Radwegausbau. Kritiker sehen Chance auf große Lösung vertan.

Innsbruck – Mit klarer Mehrheit hat der Innsbrucker Gemeinderat dieser Tage den Projektbeschluss für umfangreiche Straßenbaumaßnahmen am Südring (B174) getroffen. Wie berichtet, wird der Abschnitt zwischen der Leopoldstraße im Osten und der Andreas-Hofer-Straße im Westen ab Frühjahr 2025 zwei Jahre lang zur Großbaustelle – zunächst auf der Süd-, dann auf der Nordseite. Land Tirol (federführend), Stadt und Innsbrucker Verkehrsbetriebe investieren ca. 6,1 Mio. Euro.

Zum einen geht es um die dringend nötige Sanierung der Straßenbahn-Gleisanlagen sowie der IVB-Haltestelle Cineplexx, die nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht, erklärte Tiefbaustadträtin Mariella Lutz (JA) im Gemeinderat. Zum anderen wird die Straße selbst saniert

Foto: Springer



„Das Projekt einer Untertunnelung hat die Landesstraßenverwaltung 2021 von sich aus zurückgezogen.“

Janine Bex (Innsbrucker Planungs- und Mobilitätsstadträtin)

– verbunden mit dem lang geplanten Ausbau der Radweginfrastruktur am Südring. Beidseitig entstehen nun zweispurige Radwege – im Süden zunächst eine durchgehende

Verbindung von der Olympiabridge bis zum Westbahnhof. Angedacht ist, diese Achse in einem weiteren Schritt über das ÖBB-Areal bis zur Karwendelstraße zu führen (und von dort weiter via Karwendelbögen bis zum Innradweg). Im Zuge der Neugestaltung wird der Südring-Abschnitt u. a. mit 43 neuen Bäumen begrünt.

Das „Neue Innsbruck“ enthielt sich der Stimme, FPÖ und Liste Fritz stimmten gegen den Projektbeschluss. Das Argument der Kritiker: Die Chance für eine „größere Verkehrslösung“ rund um den Hotspot Grassmayrkreuzung – in Form einer Unterflurtrasse bzw. Untertunnelung – sei damit endgültig vertan. Eine Unterflurtrasse „hätte den Raum oberirdisch für die schwächsten Verkehrsteilnehmer erweitert, eine signifikante Entzerrung des Verkehrs ermöglicht

und die Aufenthaltsqualität für die Menschen erheblich verbessert“, befindet StR Markus Stoll (Neues Innsbruck).

Mobilitätsstadträtin Janine Bex (Grüne) verweist hingegen darauf, dass die Landesstraßenverwaltung eine Untertunnelung der Grassmayrkreuzung 2021 von sich aus bei der Straßenbaubehörde zurückgezogen habe. „Das aktuell beschlossene Projekt wäre in jedem Fall aus Kosten-Nutzen-Sicht priorisiert worden.“ Generell arbeite man – auch am Südring – daran, motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, mehr Menschen auf Öffis und Rad zu bringen und den Verkehrsfluss insgesamt besser zu steuern.

Landesbaudirektor Christian Molzer bestätigt, dass es bezüglich Untertunnelung „keine weiteren Prüfungen“ von Landesseite gibt. (md)



Im Zuge der Sanierungsarbeiten am Südring zwischen Leopoldstraße und Westbahnhof entstehen beidseitig Radwege. Eine Unterflurtrasse, wie von Teilen der Opposition gefordert, ist auch fürs Land kein Thema. Fotos: Domanig, Falk

„Die Grenze überschritten“

Nachwatten des Innsbrucker Gemeinderats, die Staatsanwaltschaft wird beschäftigt. Nicht nur in Sachen „Bausperre Amras“, sondern jetzt auch wegen Verdacht auf „Volksverhetzung“.

Immer noch für Aufregung sorgt der letzte Innsbrucker Gemeinderat, genauer gesagt in Person **GR Fabian Walch (FPÖ)**.

Walch verwendete im Zusammenhang mit den neuen Richtlinien zur Wohnungsvergabe den Begriff „Bevölkerungsaustausch“. **Vize-BM Elli Mayr (SPÖ)** reagierte: „Herr Gemeinderat Walch, ich möchte Sie gerne darauf hinweisen, dass der Begriff ‚Bevölkerungsaustausch‘ tatsächlich ein sehr problematischer ist und wir respektvoll umgehen wollen in der Sprache, wenn wir von der in Innsbruck ansässigen Bevölkerung sprechen.“ Doch davon wollte Walch nichts wissen und antwortete, er würde seine Worte sehr bewusst wählen. Doch die Wortwahl blieb unbeantwortet, denn mittlerweile kursiert ein Musik-Video in den Sozialen Medien, wie etwa auf dem Instagram-Kanal der „Tiroler Krawallmusik“, auf dem Walch lächerlich gemacht werden soll: „Für Faschos ist hier kein Platz, tausch dich doch bitte selbst aus und mach für gute Leute Platz. Fabian Walch ist ein bissl dings und brabbelt dumme Phrasen“, heißt es da. Ein weiterer Punkt sorgt für Wirbel: So schreibt Walch im aktuellen „Innsbruck informiert“: „Wer nicht Deutsch kann, hat in unseren Schulen nichts verloren und wer es nicht lernen will, soll den Heimflug antreten!“ Über diese Aussage empörten sich einige Gemeinderäte. Sie brachten jedoch auch zur Sprache, dass es gerade die FPÖ ist, die bei Anträgen zur Förderung von Sprachkursen nicht mitstimmt. **StR Janine Bex (Grüne)**: „Diese Überheblichkeit, diese Arroganz! Ihr verwehrt nämlich



Foto: Christof Birbaumer

GR Fabian Walch (FPÖ) wurde in der letzten Sitzung mehrmals scharf kritisiert.

Kindern die Möglichkeit, diese Sprache zu lernen. Ihr mit eurer Stimme. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Organisationen, die tagtäglich für eine bessere Integration kämpfen. Das zeigt auch, dass ihr kein Interesse habt, Menschen in unsere Gesellschaft einzubinden, sondern Spaltung und Hetze betreibt!“

GR Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) schließt sich dem an: „Ich saß im Bildungsausschuss und habe mir gedacht, als ich diese Angebote (die Sprache vor Beginn der Schule zu lernen) gesehen habe, dass diese sehr sinnvoll sind. Der Kollege der FPÖ liest die Überschrift und sagt sofort, dass die FPÖ dagegen stimmt. Euch passt es nicht, wenn wir Integrationsmaßnahmen setzen, euch passt es auch nicht, wenn wir nichts tun. Eure Lösungsansätze sind mit nationalem und internationalem Recht nicht vereinbar.“ Von der „Krone“ gefragt, steht Walch freilich



Foto: AL/Kulowska

GR Mesut Onay (Ali) bringt eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft ein.



Tiroler Politik kurz notiert

hinter seinem Stimmverhalten: „Solange es keinen Masterplan der Stadt gibt, die zügellose Völkerwanderung einzudämmen, sehen wir keine Notwendigkeit, in Integrationsmaßnahmen zu investieren, da es ein Fass ohne Boden ist.“

Die Sache ist noch nicht gegessen. **GR Mesut Onay (Ali)** an Walch gerichtet: „Sie stimmen im Gemeinderat gegen Deutschkurse, Frauenförderungs- und Integrationsmaßnahmen, aber konsequent für spekulativen Wohnbau.“ Auch er verweist auf „Innsbruck informiert“ und meint: „Die Schwelle des Erträglichen



Foto: Christof Birbaumer

KO Pia Tomedi (KPÖ) findet Verhalten des Telfer Vize-BM „höchst problematisch“.

ist längst überschritten.“ Mittlerweile hat Ali eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft wegen Verdacht auf Volksverhetzung übergeben, die sich gegen Walch richtet. „Der konkrete Vorwurf lautet auf bewusste und breit veröffentlichte Verletzung der Menschenwürde und Herabsetzung von Kindern nicht-deutscher Muttersprache“, heißt es darin.

Indes legt die KPÖ in Sachen Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zur Causa Bausperre in Amras nach. Der verantwortliche Jurist sei nämlich der **Telfer Vizebürgermeister Johannes Augustin (Neos)**: „Johannes Augustin hat im Auftrag der Kanzlei AWZ das Drohschreiben gegen die Mitglieder des Gemeinderats verfasst. Als Vizebürgermeister von Telfs sollte er mehr Respekt vor der Demokratie haben. So ein Verhalten ist höchst problematisch“, meint **Klubobfrau Pia Tomedi (KPÖ)**. Nadine Isser

Land lässt UMIT-Zukunft offen

Bis 2028 fließen noch 40 Mio. Euro in private Landes-Uni. Opposition fordert bereits Aus.

Innsbruck – Wie geht es nach der einvernehmlichen Trennung von Rektorin Sandra Ückert an der privaten Universität des Landes für Gesundheitswissenschaften UMIT in Hall weiter? Jedenfalls dürfte eine umfassende Strukturreform anstehen. Wie viele der 22 Studiengänge und vier Departments bestehen bleiben, hängt von der Standortanalyse in den Bereichen Life Sciences und Biowissenschaften, Medizin und Gesundheitswissen-

schaften, technische Wissenschaften, Pflegewissenschaft oder Tourismus ab. Ende des Jahres dürfte sie vorliegen.

Die Stoßrichtung von Wissenschafts-LR Cornelia Hagele (VP) ist klar, wie sie gegenüber der *TT* erklärt. Überschneidungen bzw. Lücken im Lehrangebot, bestehende Kooperationen und Synergiepotenziale zwischen UMIT, Medizin-Uni, Uni Innsbruck, Managementcenter MCI, Fachhochschule Kufstein sowie jener für Ge-

sundheit sollen herausgefiltert werden. Schließlich geht es ums Geld und mögliche Doppelgleisigkeiten.

Bis 2028 fließen noch 40 Mio. Euro in die UMIT, jährlich also rund zehn Millionen Euro. Bis 2010 waren es lediglich 2,9 Millionen. 2023 verzeichnete die UMIT Einnahmen von rund 15,9 Millionen Euro, aus Eigenerlösen wie Studiengebühren konnte sie sich nur zu knapp 43 Prozent finanzieren. Davon entfie-

len 4,5 Mio. Euro auf Ausbildungs- und Studiengebühren.

Erst wenn Klarheit über die künftige Ausrichtung der UMIT herrscht, wird die Neuausschreibung des Rektorats erfolgen. Bis dahin führt Rudolf Steckel die Hochschule interimistisch. Nicht nur am fehlenden Entwicklungsplan von Ex-Rektorin Ückert schieben sich zuletzt die Geister, angesichts der Landesmillionen auch an den Finanzen. Vor allem beim Budget gab es

offene Fragen. Offenbar wurde von der UMIT-Führung zu wenig auf Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit geachtet. Die Zuschüsse stiegen, die Erlöse gingen zurück.

Die Opposition sieht hingegen kein Licht mehr für die Landes-Uni. Liste Fritz und NEOS fordern ein „Auslaufen“ der UMIT. Vielmehr sollte das MCI den Standort in Hall nützen. (pn)

[Mehr auf Seite 4](#)



Die UMIT in Hall steht seit Donnerstag unter einer neuen interimistischen Führung. Die Zukunft der privaten Universität des Landes ist offen. Foto: Böhm

Immer mehr Zuschüsse, aber weniger Erlöse

Die Schere zwischen den Millionen-Förderungen des Landes und den Umsatzerlösen ging bei der privaten Hochschule UMIT zuletzt weit auseinander.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Hinter den Kulissen rumorte es zwischen dem Land Tirol und der Führung der UMIT in Hall schon seit Monaten. Intern an der privaten Landesuniversität für Gesundheitswissenschaften und -technologie bereits seit eineinhalb Jahren. Dazu beigetragen haben auch der Führungs- und Kommunikationsstil von Rektorin Sandra Ückert und Vizerektor Bernhard Tilg gegenüber den MitarbeiterInnen. Dass sich Ückert und Tilg privat sehr nahestehen, war für das Klima an der UMIT außerdem nicht gerade förderlich.

Gleichzeitig gab es immer wieder Diskussionen über die

inhaltliche Ausrichtung der Landesuniversität. Mit den vier Departments und den 22 Studiengängen sei die UMIT zu aufgebläht, heißt es. Und das kostet eben. Schließlich hat das Land seit Gründung der UMIT seinen Finanzierungsbeitrag kontinuierlich erhöht – auf mittlerweile mehr als zehn Millionen Euro.

Die Finanzen waren letztlich Auslöser dafür, dass die Gesellschafter – Land Tirol und Uni Innsbruck – auf Empfehlung des Aufsichtsrats am Mittwoch die Reißleine gezogen und sich einvernehmlich von Ückert getrennt haben. Auch Tilgs Mandat als Vizerektor erlischt damit automatisch. Es ging um das Budget sowie um die damit eng verbundene Personalpolitik Ückerts. Auf die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit werde zu wenig geachtet, lautet der Hauptvorwurf. Die Entwicklung der operativen Einnahmen im Verhältnis zu den Landesförderungen wirft ebenfalls Fragen auf.

Unterm Strich sind die Zuschüsse des Landes nämlich deutlich gestiegen, die Umsatzerlöse blieben hingegen hinter den Erwartungen zurück. So betragen die Einnahmen 2021 rund 7,2 Millionen Euro oder 48,78 Prozent. Ein Jahr später gingen sie auf 47 Prozent zurück. Zwar lagen die Erlöse u. a. aus Ausbildungs- und Studiengebühren mit 7,3 Mio. Euro etwas darüber, doch im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Förderung des Landes um eine Million auf 8,3 Millionen Euro.

In der Bilanz 2023 klapften Zuschüsse und Einnahmen noch weiter auseinander. Die Eigenfinanzierungsquote der privaten Hochschule sank auf 43 Prozent. Den Umsatzerlösen von 6,8 Millionen Euro standen Förderungen des Landes von knapp neun Millionen Euro gegenüber.

Reaktionen

Liste Fritz: Für Klubchef **Markus Sint** müsste die „UMIT als Option abgewickelt und zugesperrt werden“. Er vermisst einerseits einen „Mehrwert“ der UMIT und kritisierte zudem Millionenzahlungen durch die Steuerzahler. Schlussendlich könne das UMIT-Gebäude als neue Heimat für das MCI dienen, damit löse die Landesregierung zwei Aufgaben auf einen Schlag.

NEOS: Landtagsabgeordnete **Birgit Obermüller** fordert von Wissenschaftslandesrätin Hagele (VP) Mut ein, „das gescheiterte Projekt UMIT zu beenden“. Auch sie spricht sich für die Übersiedelung des MCI nach Hall aus.

ÖVP: Hochschulsprecher und Landtagsvizepräsident **Dominik Mainusch** ortete hingegen ein „geordnetes Vorgehen“ in der Causa. Jetzt gelte es „ruhig und sachlich weiterzuarbeiten“.

Politik in Kürze

Franz Hörl hat noch Ambitionen

Der Zillertaler **Franz Hörl** (ÖVP) ist zufrieden, obwohl er den Einzug in den Nationalrat verpasst hat. Aber mit seinem Vorzugsstimmenwahlkampf konnte der auf Platz 21 der Bundesliste gereichte Touristiker einen Achtungserfolg erzielen. 4173 Wählerinnen und Wähler wollten ihn erneut im Nationalrat sehen. „Bundesweit habe ich es auf Platz fünf aller ÖVP-Kandidaten geschafft. Das Ergebnis ist beeindruckend.“ Es sei jedoch bedauerlich, dass im Nationalrat nun kein Vertreter aus der Tourismusbranche bzw. Hotellerie



Franz Hörl spulte im Wahlkampf 13.000 Kilometer herunter und erreichte beachtliche 4173 Vorzugsstimmen. Foto: APA/Eder

aus dem Westen Österreichs sitze, um die Interessen in Wien zu vertreten.

Der 67-Jährige dürfte aber weiterhin aktiv blei-

ben. Schließlich wird er in der Tiroler Jägerschaft als möglicher neuer Landesjägermeister gehandelt. Im kommenden Jahr finden

Neuwahlen statt. Hörl werden Ambitionen auf diese Funktion nachgesagt. Seit elf Jahren ist **Anton Larcher** oberster Vertreter der Tiroler JägerInnen.

Das Bürgerforum Tirol/Liste Fritz hält am Samstag seinen Bürgertag ab. 2018 folgte Landtagsabgeordnete **Andrea Haselwanner-Schneider** Parteigründer **Fritz Dinkhauser** als Parteioberfrau. Am Samstag wird sie erneut für diese Funktion kandidieren. Gemeinsam mit Klubchef **Markus Sint** bildet sie die Speerspitze der Liste Fritz. (pn)

Erdbeben an der Umit Hall

Führungsduo mit Ex-LR Bernhard Tilg abberufen, ausgewiesener Fachmann übernimmt.

ÖVP begrüßt „geordnetes Vorgehen“, Neos sehen sich bestätigt: „Schweigen ist nie gut“

Rumort hat es bei der Tiroler Privatuniversität schon länger, nun kam es zum Knall: Die Gesellschafter (Land Tirol und Leopold-Franzens-Universität Innsbruck) und Geschäftsführerin und Rektorin Sandra Ückert haben die Zusammenarbeit in beiderseitigem Einvernehmen mit sofortiger Wirkung beendet. Dies teilte die Umit gestern offiziell mit: „In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat unterstützen alle Beteiligten diesen Schritt, um insbesondere die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit sicherzustellen.“

Im Klartext: Offenbar hat die Uni mit dem Landesgeld kein Auslangen gefunden, obwohl das Land im Geschäftsjahr 2022/23 Finanzmittel in Höhe von 8,2 Mio. € zur Verfügung gestellt hat, wie aus einer Anfrageantwortung der Neos an Gesundheits-LR Cornelia Hagele hervorgeht. Ansonsten zeigte sie sich aber sehr schweigsam. Denn die Neos wollten wissen, wie viele Studierende in Hall und

Fotos: Christof Birbaumer



Die Privat-Uni für Gesundheitswissenschaften in Hall ist immer wieder in Turbulenzen. Kl. Bild: Ex-Rektorin Ückert.

Landeck eigentlich inskribiert sind und wie viele Studiengänge angeboten werden. „Etwas, das jede Geschäftsführung doch normalerweise in kürzester Zeit parat haben muss. Immerhin sind die Studierenden ihre Einnahmequelle“, zeigte sich Neos-Bildungssprecherin LA Birgit Obermüller irritiert und zog einen Ver-

Politisches Kleingeld auf dem Rücken der UMIT und all ihren Beteiligten ist fehl am Platz. Die Politik sollte den Blick nun nach vorne richten.

Dominik Mainusch, Landtags-Vizepräsident und VP-Hochschulsprecher



Foto: Gemeinde Fügen

gleich zu einem anderen ausgliederten Landesunternehmen: „Selbst bei den Tiroler Sozialen Diensten TSD erhalten wir auf Anfragen einen Überblick über die aktuellen Zahlen der Asylwerber und Unterkünfte.“ LR Hagele argumentierte, die Zahlen würden das operative Geschäft betreffen, in das sie keinen Einblick geben könne. „Schweigen ist nie ein gutes Zeichen für den Steuerzahler“, so die Neos.

Mit der Abberufung von Ückert, deren Führungsstil von Teilen der Belegschaft 2023 massiv kritisiert worden war, ist auch Ex-LR Bernhard Tilg seinen Job als Vizerektor los. Die Posten werden neu ausgeschrieben, in der Zwischenzeit übernimmt mit Professor Rudolf Steckel ein ausgewiesener Experte die Geschäfte.

Während VP-Hochschulsprecher Dominik Mainusch von „geordnetem Vorgehen“ spricht und dieses begrüßt, müsse laut den Oppositionsparteien Neos und Liste Fritz die Existenzberechtigung der Umit ehrlich geprüft werden. phil

MCI nicht an UMIT übersiedeln

Innsbruck – Der Betriebsrat und die Hochschülerschaft am Management Center Innsbruck MCI sprechen sich dezidiert gegen die Forderung der Liste Fritz und der NEOS aus, das MCI an den

UMIT-Standort Hall auszusiedeln. Es sei unverantwortlich, die 30-jährige Erfolgsgeschichte des Management Center Innsbruck „an die Wand zu fahren“, indem nun auch noch der namensgeben-

de und identitätsprägende Standort Innsbruck in Frage gestellt werde“, kritisiert Betriebsratsvorsitzender Johannes Dickel entsprechende Vorschläge der Oppositionsparteien. (TT)

Politik in Kürze

Liste Fritz will es auch in der Wirtschaftskammer wissen



Haselwanter-Schneider und Sint wollen auch bei der Wirtschaftskammerwahl punkten. Foto: Liste Fritz

Die Liste Fritz wird bei den Wirtschaftskammerwahlen Anfang 2025 erstmals kandidieren. Das gaben Parteiobfrau **Andrea Haselwanter-Schneider** und Klubobmann **Markus Sint** am Freitag bekannt. Besonders die Ein-Personen-Unternehmen, Kleinst- und Kleinbetriebe will die Liste Fritz vor den Vorhang holen.

Sie seien das Herzstück der Tiroler Wirtschaft und ihr Rückgrat, betont Sint. „Mehr als 50.000 Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern gibt es in Tirol. Es sind diese Kleinunternehmer und ihre Mitarbeiter, die viel mehr Unterstützung seitens der Landesregierung verdienen und brauchen. Für diese will sich die Liste Fritz deshalb

besonders einsetzen, auch weil sie derzeit kaum eine Stimme haben.“

Im **Innsbruck Tourismus** kommt es bei der Vollversammlung Ende November zur finalen Abstimmung, ob die Aufenthaltsabgabe (Kurtaxe) auf vier Euro angehoben werden soll. Wie berichtet, soll dies in zwei

Schritten erfolgen: ab 1. Mai 2025 von zwei auf drei Euro und ein Jahr später auf vier Euro. Der TVB-Aufsichtsrat hat dies am Mittwoch als Vorschlag an die Vollversammlung beschlossen. Nicht aber, wie irrtümlich berichtet, mit neun Ja-Stimmen und drei Enthaltungen, sondern drei Gegenstimmen. Die Enthaltungen be-

zogen sich lediglich auf die ebenso gefassten Beschlüsse zum Budgetvoranschlag 2025 und ein neu aufgelegtes Strategiepapier.

Die Prokuristin **Elke Luwitsch** übernimmt ab sofort interimistisch die Geschäftsführung der „Kinderbildungsgesellschaft-KIB“ in Tirol. (pn, mami)

„Sie lassen uns bruchstückhaft zurück“

In der Innsbrucker Kinderbeobachtungsstation hat die Psychiaterin Maria Nowak-Vogl über Jahrzehnte Kinder und Jugendliche misshandelt. Bis heute kämpfen die Opfer um eine einheitliche Entschädigung.

Innsbruck – Mitten in der Nacht wird Evy Mages aus ihrem Bett gerissen, in ein Auto gesetzt und stundenlang durch das Land gefahren. Es ist Dezember 1973, Weihnachten ist gerade vorüber. Als die Achtjährige an ihrem Ziel ankommt, steigt sie verängstigt die Stein-treppen zu dem hellgelb gestrichenen Haus hinauf. Sie weiß nicht, warum ihre Pflegemutter sie weggeschickt hat. Vor allem aber weiß sie nicht, dass sie am Anfang eines viermonatigen Martyriums steht, das sie ihr ganzes restliches Leben verfolgen wird: eiskalte Duschen als Bestrafung fürs Bettnässen, stundenlanges nächtliches In-der-Ecke-Stehen, das Nieder-spritzen mit Medikamenten, wenn sie nicht spurt.



Foto: Mages

„Warten die Verantwortlichen darauf, dass wir alle wegsterben? Jetzt wäre die Zeit, zu handeln.“

Evy Mages
(ehem. Patientin)

Die Kinderbeobachtungsstation wird als Außenstelle der Klinik für Psychiatrie betrieben, befindet sich in einem stattlichen Haus im Innsbrucker Stadtteil Hötting. Landläufig ist das Gebäude als „Vogl-Villa“ bekannt, benannt nach der Leiterin der Einrichtung, der Psychiaterin und Heilpädagogin Maria Nowak-Vogl. Von 1954 bis zu ihrer Pensionierung 1987 hat sie dort die Universalmacht: Sie leitet die Einrichtung, behandelt die Patienten, schreibt die Befunde und entscheidet

darüber, was weiter mit ihnen geschieht. Lange Zeit wird das im Land und an der Universität nicht angezweifelt.

Christian Herbst muss 85 Tage in der „Vogl-Villa“ aushalten, 85 Tage voller psychischer Angriffe, unerlaubter Medikamententests und „Sonderbehandlungen“, wie es der Unterländer beschreibt.

„Nowak-Vogl hat Vergnügen daran gefunden, den Kindern ihren schweren Schlüsselbund mit voller Wucht ins Gesicht zu werfen, wenn sie etwas nicht ‚richtig‘ gemacht haben“, erzählt der heute 62-Jährige. „Es war die Hölle auf Erden. Das einzige Ziel dieser Frau war es, uns Kinder zu brechen.“

Auch dem Kufsteiner haben sich die eiskalten Duschen, die Spritzen, die Schläge ins Gedächtnis gebrannt. Besonders traumatisiert hat ihn aber ein Vorfall nach seinem Aufenthalt: „Ein Freund von mir hat sich umgebracht, als er erfahren hat, dass er noch einmal zurück in die Villa soll. Er war 14 Jahre alt.“

Jahrelang terrorisiert die Innsbrucker Ärztin ihre minderjährigen Patienten mit einem ausgeklügeltem System aus Erniedrigung, körperlicher Züchtigung und der Verabreichung diverser Medikamente, jahrelang bleibt sie dabei unbehelligt. Die Psychiaterin gilt sogar als Experte auf ihrem Gebiet, wird für Fachexpertisen zu Rate gezogen, geehrt und ausgezeichnet. Erst gegen Ende ihrer Wirkungszeit wird die Kritik an ihren Vorgehensweisen lauter, eine richtige Aufarbeitung findet aber erst viele Jahre später statt.

3654 Krankengeschichten von der ehemaligen Kinderbeobachtungsstation lagern im Tiroler Landesarchiv. Knapp 260 ehemalige Patienten wurden bis dato entschädigt. „Im Jahr 2023 wurden insgesamt 9000 Euro an zehn Personen ausbezahlt. Im Jahr 2024 bis dato insgesamt 4000 Euro an drei Personen“, heißt



Den ganzen Longread zum „Grauen in der Vogl-Villa“ finden Sie hier:



www.tt.com

Die ehemalige „Vogl-Villa“ ist heute wieder ein Privathaus. „Das Böse spürt man dort aber immer noch“, ist Christian Herbst überzeugt.

Foto: TT/Rita Falk

es seitens der zuständigen Soziallandesrätin Eva Pawlata. Die Summen reichten bisher von 500 bis 25.000 Euro. Eine Kommission bewertet jeden einzelnen Sachverhalt nach Schwere, Dauer und Folgen der Übergriffe. Seit Jahren kämpft Christian Herbst dafür, dass der systematische psychische und physische Missbrauch in der Vogl-Villa für alle Betroffenen gleich entschädigt wird. Er trifft sich regelmäßig mit einer Gruppe von Opfern. „Wir sind rund 40 Personen, darunter Leute mit Alkoholproblemen, Depressionen, Tablettensucht. Die Gruppe ist stark belastet von dem, was passiert ist.“

Selbst hat er 1000 Euro Entschädigung erhalten „für 85 Tage Martyrium“, wie er kopfschüttelnd erzählt. Die Kommission könne nur auf Basis der Krankenakten entscheiden, kritisiert der Tiroler. Was fehlt, ist seiner Ansicht nach

eine Vorgabe des Landes an die Kommission.

„Eine ‚automatische‘ Entschädigung oder die Einführung pauschaler Grundbeträge war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen, da die Schilderungen der Betroffenen aufgrund ihrer Unterschiedlichkeit individuell betrachtet werden müssen“, erklärt Pawlata. Ergänzend könne auch eine Therapie in

Anspruch genommen werden, die Stunden dafür seien unbegrenzt, streicht sie hervor.

„Alleine diesen Bericht zu schreiben, das verursacht bei den Opfern eine Retraumatisierung. Ich vermisse auf politischer Ebene die nötige Sensibilität, wie man mit Missbrauchsoptionen umgeht“, kritisiert Landtagsabgeordneter Markus Sint (Liste Fritz). Mit seiner Partei wagt Sint im Mai vergangenen Jahres einen neuen Anlauf für eine einheitliche Entschädigung, bringt im Landtag einen Antrag ein. „Die jetzige Situation ist höchst unbefriedigend. Es geht um ein politisches Signal, das das Land aussenden muss. Es geht nicht um Schadenersatz, sondern darum, dass man den Opfern signalisiert, dass nicht einer mehr wert ist als der andere.“

Herbst und Mages halten den Umgang für zynisch. „Ist jemand weniger traumatisiert, weil er nur 30 Tage in dieser

LONG SHOPPING FRIDAY

FREITAG, 25.10.2024

M4

W'ORGL

GROSSE FASHION SHOW
MIT SILVIA SCHNEIDER

WWW.M4WOERGL.AT

LONG SHOPPING FRIDAY

FREITAG, 25.10.2024

M4

W'ORGL

FEIERLICHE ERÖFFNUNG
DER M4 PIAZZA

WWW.M4WOERGL.AT

Horror-Anstalt war anstatt 85?“, fragt sich Herbst. „Als wir in der Kinderbeobachtungsstation waren, wurde so Wert darauf gelegt, dass wir keine Beziehung zueinander aufbauen, keine Freundschaften zulassen“, fasst Mages zusammen. „Es blieb alles bruchstückhaft. Und das Gleiche passiert jetzt: Sie lassen uns bruchstückhaft zurück.“ (rena)

Obfrau von Liste Fritz klar wiedergewählt

96 Prozent stimmten gestern erneut
für Andrea Haselwanter-Schneider

Beim gestrigen Bürgertag der Liste Fritz in der Villa Blanka in Innsbruck wurde Andrea Haselwanter-Schneider in ihrer Funktion als Parteiobfrau bestätigt – und zwar mit 96%. Veränderungen gab es hingegen im Vorstand. Dieser wurde auf zehn Mitglieder erweitert.

„Die Menschen in Tirol haben es sich verdient, dass man sich für sie einsetzt. Sie wollen Lösungen, sie wollen gehört werden“, sagte Haselwanter-Schneider, „mittlerweile sind wir die einzige ehrliche, transparente und bürgernahe Kraft der Mitte.“ Die ÖVP betrachte dieses Land mehr denn je als ihr „Eigentum“, das müsse endlich ein Ende haben. „Wir üben Kontrolle aus,



Foto: Johanna Birbaumer

Haselwanter-Schneider

dazu braucht es auch Herz und Hausverstand. Das ist unser Credo“, betonte sie.

Statt einem Parteiprogramm präsentierte die Liste Fritz außerdem auf 138 Seiten und in 20 diversen Themenfeldern viele Standpunkte und neue Ideen.



Die private Hochschule des Landes, die UMIT in Hall, wird derzeit interimistisch geführt. Von Rektorin Sandra Ückert haben sich Land und Uni Innsbruck einvernehmlich getrennt. Foto: Falk

Keine Zusammenarbeit: ÖH begrüßt Wechsel

Die Hochschulvertretung der privaten Landesuniversität UMIT in Hall unterstützt die Ernennung des neuen interimistischen Rektors. Sie sieht den Wechsel an der Spitze der Universität als neue Chance. „Wir als ÖH stehen hinter der Entscheidung, betonen jedoch gleichzeitig, dass die Studierenden in zukünftige Entscheidungen der Universität, insbesondere in Bezug auf die Qualität der Lehre, stärker eingebunden werden müssen“, betont der Vorsitzende

der Hochschülerschaft **Mark Foord**.

Für Foord gab es mit dem abgelösten Rektorat keine Gesprächsbasis oder Zusammenarbeit. „Die Lehrqualität hat direkte Auswirkungen auf die Studierenden und sollte daher ein zentrales Thema der universitären Gremienarbeit sein“, so die Vorsitzenden der ÖH. „Wir fordern eine engere Zusammenarbeit zwischen der Universitätsleitung, den Gesellschaftern und den Studierendenvertretern, um gemeinsam eine positive Entwick-

lung der Lehrstandards sicherzustellen.“

Die Obfrau des Bürgerforums/Liste Fritz **Andrea Haselwarter-Schneider** wurde beim gestrigen Bürgerstag der Liste Fritz mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Rund 100 Mitglieder waren gekommen. Haselwarter-Schneider sprach von einem überwältigenden Vertrauensbeweis. „Die Menschen in Tirol haben es sich verdient, dass man sich für sie mit Herz und Hausverstand einsetzt.“ (pn)

„Es muss sauber zugehen“

Liste Fritz ortet „Geheimniskrämerei“ beim Venet-Deal

(aktiefi) Während am Venet die Vorbereitungen für die Wintersaison laufen und daran gearbeitet wird, das Projekt „10er Einseilumlaufbahn“ bald auf Schiene zu bringen, kommt Kritik seitens der Liste Fritz an LH Toni Mattle. Der Oppositionsclub im Landtag ortet Geheimniskrämerei beim Venet-Deal.



Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint kritisiert den Landeshauptmann bei einer Pressekonferenz in Zams.

RS-Foto: Tiefenbacher

Bevor Klubobmann Markus Sint bei der Pressekonferenz zum eigentlichen Thema kam, schickte er voraus, dass auch er froh sei, „wenn ein erfolgreicher Neustart gelingt und wenn der Venet ein tolles Angebot für Einheimische und Touristen wird“. Aber als Kontrollpartei sei man geradezu verpflichtet, nachzufragen, wenn die Landesregierung im Zuge einer Privatisierung Steu-

ergelder der Tiroler verteilt. „Denn wo Steuergeld drinsteckt, muss es super-sauber und supertransparent zugehen“, betonte Sint. Das sei hier nicht der Fall. Es geht um die Anfragebeantwortung zum Venet-Deal: Mit 1. Mai 2024 stieg die Pletzer-Gruppe als Mehrheitseigentümer in das defizitäre Seilbahnunternehmen in Zams ein. Eine Bedingung war, dass die bisherigen drei Eigentümer eine Einmalinvestition in das geplante Sanierungs- bzw. Revitalisierungsvorhaben in der Gesamthöhe von 10,5 Mio. Euro leisten. Die Stadt Landeck trägt dabei genauso wie die Gemeinde Zams einen Betrag von vier Mio. Euro, der Tourismusverband zahlt einen Beitrag von 2,5 Mio. Euro. Im Talkessel war die Rede davon, dass die beiden Gemeinden je drei Mio. Euro an Liquiditätsunterstützung vom Land bekommen würden.

NACHGEFRAGT UND NACHGESCHAUT, Die Liste Fritz wollte

Genaueres in Erfahrung bringen und hat deshalb bei LH Anton Mattle und LR Mario Gerber nachgefragt. Gerber habe mitgeteilt, dass das Land den Tourismusverband mit 1,5 Mio. Euro unterstützt – aufgeteilt auf fünf gleiche Jahrestanchen zu je 300.000 Euro. Und Sint hat in einem Protokoll des Gemeinderates von Landeck auch gelesen, dass sich der Bürgermeister, ein Vizebürgermeister und Stadträte im Gemeinderat für 3 Millionen Euro, „für ein Geschenk, das Mattle und das Land Tirol zur Verfügung stellen“, bedankt hätten.

DA STIMMT ETWAS NICHT. Aber in der Beantwortung habe der Landeshauptmann etwas anderes gesagt. „Er hat erklärt, dass keine Gelder in Form von Förderungen und Bedarfzuweisungen seitens des Landes fließen. Da stimmt etwas nicht. Mattle hat nicht die Wahrheit gesagt. Das ist nicht okay. Wenn die Landesregierung den Gemeinden Landeck und Zams

und dem Tourismusverband Unterstützung oder Förderung zukommen lässt, dann muss sie das doch auch in der Öffentlichkeit argumentieren können“, so Sint, der betonte, dass die Liste Fritz kein Problem damit hat, eine strukturschwache Region zu unterstützen. „Aber das muss transparent und nachvollziehbar erfolgen. Sonst ist es unseriös und unfair gegenüber anderen Gemeinden“, erklärte Sint. Er verlangt volle Aufklärung. Der Liste-Fritz-Klubobmann hofft, dass die Liste Fritz am 6. November eine klärende Antwort auf eine weiters gestellte Anfrage bekommt.

GROSSARTIGES IST GELUNGEN. Die beiden Bürgermeister von Landeck und Zams meldeten sich in einer gemeinsamen Presseaussendung zum Thema Venet-Deal zu Wort. Benedikt Lentsch (Zams) und Herbert Mayer betonten zuallererst, dass es zur Rettung des Venet aus der Bevölkerung bisher fast ausschließlich positive

„Graffiti & Unplugged“

Elfte Auflage des Kultur-Mekkas von 25. bis 27. Oktober

(ahai) Bereits zum elften Mal lädt der Kulturverein „Schloss Sigmundsried“ heuer von 25. bis 27. Oktober zu einem besonderen Kulturwochenende nach Ried ein. „Graffiti & Unplugged“, die inzwischen größte Kunstausstellung im Tiroler Oberland.

Klärende Antwort

Büro des LH nimmt Stellung zu Vorwürfen der Liste Fritz

(aktief) Das „Büro Landeshauptmann Anton Mattle“ nimmt Stellung zu den von der Liste Fritz geäußerten Vorwürfen der Geheimniskrämeri in Zusammenhang mit dem Einstieg durch die Pletzer-Gruppe – als 80 Prozent-Mehrheitseigentümer – in die Betreibergesellschaft der Venet Bergbahnen.

Konkret wird – wie die RUND-SCHAU berichtete – dem Landeshauptmann vorgeworfen, er habe in Beantwortung der Anfrage der Liste Fritz, verneint, dass Gelder in Form

von Förderungen und Bedarfszuweisungen fließen. Wie aber in einem Protokoll des Gemeinderates von Landeck nachzulesen sei, argumentierte die Liste Fritz, werde das Land Tirol der Gemeinde Landeck jedoch mit einem „Kassenstärker“ in Form von einer Liquiditätsunterstützung in Höhe von drei Mio. Euro finanziell unter die Arme greifen. Die Liste Fritz geht davon aus, dass der Gemeinde Zams dieselbe Zuwendung nicht vorenthalten werde. Und LR Mario Gerber habe mitgeteilt, dass das Land den TVB TirolWest mit 1,5 Mio. Euro unterstützte.

ANTWORT. Das „Büro Landeshauptmann Anton Mattle“ hat nun in einer E-Mail zu den Vorwürfen ausführlich Stellung genommen. Und hier der vollständige Text: Das Land Tirol freut sich darüber, dass Betreiber, Gemeinden und Tourismusverband an einer gemeinsamen Weiter-



Das Land Tirol freut sich darüber, dass an einer gemeinsamen Weiterentwicklung des Venet im Sinne der Region gearbeitet wird. (RS-Foto: Tafenbacher)

entwicklung des Venet im Sinne der Region arbeiten. Die Anfrageantwortungen des Landeshauptmannes zu diesem Thema nehmen stets Bezug auf Fakten. Bezüglich der Mittel aus dem Gemeindeausgleichsfonds ist grundsätzlich festzuhalten, dass Bedarfszuweisungen nur an Gemeinden und Gemeindeverbände, nicht aber an private Unternehmen gewährt werden. Der Gemeinde Zams bzw. der Stadtgemeinde Landeck sind für das Projekt „Übernahme Venet AG“ keine Bedarfszuweisungen zugesagt worden. Sehr wohl ist dem Land Tirol aber bekannt, dass mit der Übernahme die Gemeindeaushalte belastet werden. Daher wurde den Gemeinden allgemein mitgeteilt, dass entsprechend der Finanzkraft

der Gemeinden für Projekte, die zur Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben dienen, Bedarfszuweisungsmittel zur Verfügung stehen. Dies sind klassischerweise etwa der Bau oder Erhalt von Infrastruktur auf Gemeindeebene, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung oder im Bereich der Pflege. Diesbezüglich finden also laufend Gespräche bezüglich anderer Projekte und Vorhaben statt, um die Gemeinden bei ihren gesamtthaflichen Aufgaben zu unterstützen.

Hundebiss in Landeck

(ahai) Am 18. Oktober, gegen 18.40 Uhr, führte ein 19-jähriger Österreicher in Landeck einen Border-Collie-Mischling und einen zweiten Hund unbekannter Rasse spazieren. Im Bereich der Sannabridge konnte der Border-Collie trotz angelegter Leine entlaufen, und biss einer entgegenkommenden 84-jährigen österreichischen Fußgängerin in den Arm. Der Hundehalter verständigte umgehend den Rettungsdienst und leistete mit einer weiteren Passantin Erste Hilfe. In der Folge wurde die Verletzte vom Rettungsdienst in das KH Zams gebracht. Nach Abschluss der Erhebungen wird Bericht an die zuständigen Stellen erstattet werden.

Wir modernisieren Ihre Küche!

Mit neuen Fronten nach Maß!

Rufen Sie uns an: 05263/6377-0

www.portas.at/kuechen

SEIT 1. OKTOBER

TIROL REGIO CARD DIE GÜNSTIGSTE JAHRESKARTE ÖSTERREICHS!

JETZT ERHÄLTlich

→ BEI ALLEN SEILBAHNEN und bei folgenden Verkaufsstellen:

→ Intalcenter Teis → FMZ Inntal

→ TVB Naturparkregion Reutte



NEU DABEI!
VENTER SEILBAHNEN
ÖTZTAL

DIE FAMILIENKARTE
IST AUSSCHLIESSLICH
IM OKTOBER
ERHÄLTlich!

TIROL REGIO TARIFE	ab 1. NOV.	VORVERKAUF 01. - 31.10.2024
Erwachsene	914,-	672,-
Kinder im Jg. 2019 bis zu Belegung eines Stuhles	Frei	Frei
Kinder Jg. 2009 - 2018	458,-	336,-
Jugend Jg. 2006 - 2008	731,-	537,-
Invalide ab 60% Invalidität	695,-	504,-

FAMILIENKARTE	Kinder Jg. 2006 - 2018	OKTOBER 01. - 31.10.2024
1 Erwachsener Mutter Vater Großvater Großmutter	+1 Kind	764,-
	+2 Kinder	856,-
	+3 Kinder	948,-
	+4 Kinder	1.040,-
2 Erwachsene Mutter Vater Großvater Großmutter	+1 Kind	1.436,-
	+2 Kinder	1.528,-
	+3 Kinder	1.620,-
	+4 Kinder	1.712,-

Die Tirol Regio Veranstaltungen auf einen Blick! www.regio.events

Die Karten können nur persönlich an den Kartenzusteller erworben werden. Es ist nicht erlaubt, das Personal (z.B. Freunde oder Verwandte) für andere Personen Karten kaufen.

„Neuen Stil versprochen, aber die Realität sieht anders aus!“



Nach Belieben schreibt die Landesregierung Oppositionsanträge um. Sie soll wenigstens fragen, wird gefordert.

Umgeschriebene und laut Urheber sinnentstellte Anträge stellen noch für jede Opposition im Tiroler Landtag ein Ärgernis dar. Schwarz-Rot versprachen bei Amtsantritt vor genau zwei Jahren, mit dieser Praxis aufzuräumen: Man wolle „intensiv“ mit den anderen im Landesparlament vertretenen Parteien zusammenarbeiten, betonte LH Anton Mattle damals. „Probleme gemeinschaftlich lösen“, Ideen und Anträge möglichst unverwässert aufnehmen und nicht schubladisieren, lautete das Versprechen von LHStv. Georg Dornauer (SPÖ).

16 Landtagssitzungen später zeigen sich FPÖ, Grüne, Liste Fritz und Neos äußerst unzufrieden: „Die Performance der Landesregierung in Sachen Abänderungen ist desaströs. Von den 604 Anträgen der Oppositionsparteien in der laufenden Gesetzgebungsperiode wurden 325 Anträge angenommen, davon aber 246 (!) in abgeänderter Form. Das sind 82% der angenommenen Anträge!“, bilanzieren die Klubchefs Markus Sint, Gebi Mair, Markus Abwerzger und Dominik Oberhofer.

Landesregierung müsste Rad gar nicht neu erfinden

„Warum die Landesregierung in hunderten Fällen den Weg über in keinem Fall sinnstiftende Abänderungsanträge wählt, ist bis heute nicht überliefert. Ihr stünde es mit ihrer Mehrheit jederzeit frei, Anträge abzulehnen, wenn sie sich schon zu

keiner Zustimmung (ohne Abänderung) durchführen kann. Wenn aber Abänderungen erfolgen, sollte dies natürlich nur mit Zustimmung des ursprünglichen Antragstellers möglich sein“, erläutern die Oppositionschefs. Dazu brachten sie im jüngsten Oktober-Landtag einen Antrag ein, dem die Dringlichkeit aber nicht zuerkannt wurde. Dieser wurde zur Beratung den Ausschüssen zugewiesen und soll im November-Landtag (13. bis 15. 11.) erneut aufs Tapet kommen.

Dabei müsste die schwarzrote Landesregierung das Rad gar nicht neu erfinden, sondern könnte die Geschäftsordnung des Dreier-Landtags als Vorbild für eine entsprechende Gesetzesänderung heranziehen. Dort ist die Zustimmung des Erstunterzeichners bei Abänderungs- und Zusatzanträgen geregelt. Philipp Neuner



BILANZ NACH 16 SITZUNGEN DES TIROLER LANDTAGES

Anträge sämtlicher Oppositionsparteien: **604**
(Exkl. gemeinsame Anträge mit den Regierungsparteien)

Im Verfahren	146
Abgelehnt	97
Zurückgezogen	39
Angenommen	325
OHNE Abänderung	60 (18%)
MIT Abänderung	246 (82%)



Foto: STEFANIE FROST, UOL/TYP

Die vereinte Opposition im Landtag: Gebi Mair (Grüne), Markus Sint (Liste Fritz), Markus Abwerzger (FPÖ) und Dominik Oberhofer (Neos): „Regierung bleibt neuen Stil schuldig!“

Ursprünglicher Antragstext der Liste Fritz: „Zur laufenden Information des Landtages sowie zur begleitenden Kontrolle des Finanz- und Budgetwesens des Landes Tirol richtet der Landtag einen sogenannten Budgetausschuss ein. Dieser soll zumindest ein Mal pro Quartal tagen.“

Nach Abänderung hieß es: „Der Tiroler Landtag begrüßt die laufende Initiative von Landeshauptmann Anton Mattle betreffend Bericht über die aktuelle Finanzsituation des Landes im Rahmen

Fallbeispiele, wie Ideen der Opposition verwässert werden

VP und SP nehmen Anträge der Opposition auch an, oft aber nur, nachdem sie teils stark verändert wurden. Beispiele zeigen, wie.

des unterjährigen Austausches mit den Finanzsprechern aller im Landtag vertretenen Parteien und fordert die Landesregierung auf, auch diesen Kommunikationsweg weiterhin aufrechtzuerhalten.“

Auch die FPÖ kann ein Lied davon singen. Ihr An-

tragstext lautete: „Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie die Integration von Informationen über die Errichtung von Photovoltaikanlagen in das einheitliche Informationssystem umgesetzt werden kann, ohne einen deutlichen Mehraufwand für die

ortsansässigen Feuerwehren zu produzieren.“ Daraus wurde: „Der Tiroler Landtag nimmt den Bericht vom 13. Juli 2024 zur Kenntnis.“

Auf einmal waren Grüne Fans des Fernpasspakets

„Fernpassadweg befahrbar machen“ lautete eine Idee

der Grünen, die sie folgendermaßen formulierte: „Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und Tourismusverbänden dafür zu sorgen, dass der Radweg über den Fernpass zwischen Biberwier und Nassereith für durchschnittliche Radfahrer und -innen befahrbar wird.“ Da fehlte wohl der Regierung der Bezug zu ihrem Paket: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Rahmen des Fernpasspaketes implementierten Maßnahmen zur Verbesserung der dortigen Radwege umzusetzen.“

Die Neos forderten besseren Schutz für Unternehmen bei Fake-Bewertungen im Internet: „Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, an das zuständige Ministerium heranzutreten, damit diese ein geeignetes Gesetzes- und Maßnahmenpaket auf den Weg bringt, um Unternehmen vor irreführenden und geschäftsschädigenden unwahren Bewertungen im Internet besser zu schützen“, lautete der Antrag. Davon blieb nur ein dürrer Dreizeiler übrig: „Der Tiroler Landtag nimmt den Bericht vom 4. Juli 2024 zur Kenntnis.“ phil



LH Anton Mattle und Vize Georg Dornauer: Knapp die Hälfte der Anträge der Opposition wurde angenommen.

Foto: Christof Biberwieser